

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 85 (1991)
Heft: 12

Artikel: Dossier : kein Armee-Einsatz gegen Flüchtlinge! : Nur eine neue Weltwirtschaftsordnung kann die Konflikte zwischen den Armen und den Reichen vermeiden
Autor: Bauer-Lagier, Monique
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sitzen würde, bei dem die Banknoten noch aus allen Ritzen quellen. Und ich wäre da und müsste aufpassen, dass ja keiner sich an den Koffer ranmacht. Obwohl ich weiss, dass da viel mehr drin ist, als wir eigentlich zum Leben brauchen, und dass der da vor mir ohne Waffe kommt, auch nicht, um mich umzubringen, sondern nur, weil er vielleicht Hunger hat, und weil er auf der Flucht ist, nicht weiss, wohin er gehen kann.»

Wenn die Soldaten angeleitet werden, mögliche illegale Einwanderer mit vorgehaltener Waffe anzuhalten, an eine Wand zu stellen, die Beine breit, und die Kleider nach möglichen Waffen oder Papieren zu durchsuchen, so können wir uns die *schweren Gewissenskonflikte*, denen man diese jungen Schweizer aussetzt, gut vorstellen.

Wir – und ich beobachte dies vor allem bei Mittelschülerinnen und Mittelschülern –

machen uns auch Gedanken über die Rolle der *Schweiz im Zweiten Weltkrieg* und die damals herrschende «Das Boot ist voll»-Mentalität. Wir möchten den gleichen Fehler wie damals nicht mehr wiederholen.

«Es ist eh' gestört, Soldaten gegen Flüchtlinge an die Grenze zu stellen», solche und ähnliche Reaktionen höre ich oft von Jugendlichen. Es ist eigentlich traurig, dass es diese Petition überhaupt braucht. Und es fällt uns schwer zu verstehen, dass sich – gemäss einer neuen Studie des Kirchenbundesinstitutes für Sozialethik – 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung als Christen verstehen, also als Anhänger einer Religion, die das Liebesgebot ins Zentrum stellt, und gleichzeitig – laut einer Umfrage der Sonntags-Zeitung – sich 62 Prozent für den geplanten Einsatz der Armee an der Grenze aussprechen.

André Kaiser

Nur eine neue Weltwirtschaftsordnung kann die Konflikte zwischen den Armen und den Reichen vermeiden

Wohin geht die Asylpolitik der Schweiz? «Sie geht geradewegs in die Katastrophe», bekräftigte kürzlich in einer öffentlichen Diskussion der Direktor der Einwohnerkontrolle von Genf, der nun ja gewiss weiss, wovon er redet.

Obschon mehrmals revidiert, erweist sich unser *Asylgesetz* als *realitätsfremd*, unwirksam, überholt. Die Kosten seiner Anwendung erhöhen sich zusehends. Für die 800 bis 1000 Asylsuchenden, die jedes Jahr Asyl erhalten (das sind etwa noch 4 Prozent der Kandidatinnen und Kandidaten), wird bald die Summe von einer Milliarde Franken erreicht sein, etwa soviel, wie das Budget des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge ausmacht.

Wir zählen heute in der Welt ungefähr 17 Millionen Flüchtlinge, davon eine Million in Europa. Und alle Experten sind sich in diesem Punkt einig: Die Migration, die wir heute erleben, ist nur der Vorgeschmack weiterer, riesiger Wanderungsbewegungen in den nächsten Jahrzehnten. Dafür gibt es verschiedene Ursachen:

– *politische Ursachen*, wie Diktaturen von links und von rechts, Menschenrechtsverletzungen, z.B. Inhaftierung, Verschwindenlas-

sen und Folterung Oppositioneller sowie Vervielfachung von internationalen Konflikten und Bürgerkriegen;

– *wirtschaftliche Ursachen*, wie beschleunigter Verfall der Nord-Süd-Beziehungen, ungleiche Austauschrelationen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, Verschuldungs- und Wirtschaftskrise der meisten Drittweltländer, Hungersnot, die mit unterschiedlicher Intensität fast einen Viertel der Menschheit heimsucht;

– *ökologische Ursachen*, wie Desertifikation, Überschwemmungen, die ganze Regionen unbewohnbar machen und die Landbevölkerung in das Elend der städtischen Slums treiben.

Doch das *Aktionsprogramm 1991*, das der Bundesrat im letzten März veröffentlicht hat, verzichtet darauf, umfassende mittel- und langfristige Lösungen ins Auge zu fassen, die Probleme in ihrer europäischen, internationalen, ja planetarischen Dimension zu erkennen. Statt dessen begnügt es sich mit oberflächlichen und unrealistischen Lösungen, mit Massnahmen der Abwehr, der Einschüchterung, ja der Repression.

Zwei dieser Massnahmen wecken Erinnerungen an eine tragische Periode der europäi-

schen Geschichte. Auch unser Land war in diese *dunkle Periode während des Zweiten Weltkrieges* verstrickt. Indem es zahlreichen Jüdinnen und Juden das Asyl verweigerte, hat es sie in den sicheren Tod in den Gasöfen des Naziregimes geschickt.

Wir lehnen die folgenden Massnahmen ab, die der humanitären Tradition der Schweiz widersprechen, der wir uns zutiefst verbunden fühlen:

– die Schaffung grosser *Internierungslager*, die 200 bis 500 Asylsuchende «aufnehmen» sollen;

– den *Einsatz der Armee*, um unsere Grenzen gegen Flüchtlinge zu «schützen».

Wir lehnen den missbräuchlichen Einsatz der Armee gegen Flüchtlinge ab, die auf diese Weise wie *potentielle Feinde* behandelt werden. Die Aufgabe der Armee besteht in der Verteidigung des Landes im Kriegsfall. Es bedeutet eine Abkehr von diesem Auftrag, wenn die Armee gegen Flüchtlinge aufgeboten wird. Auf diese Weise weckt und fördert man die fremdenfeindliche Reaktion. Zwei bedeutende Schweizer Juristen, die beiden Rechtsprofessoren Peter Saladin und Walter Kälin, zweifeln ausserdem an der Rechtmässigkeit dieses Armee-Einsatzes.

Was tun? Um wirklich die Ursachen der Flucht anzugehen, statt nur ihre Wirkungen ins Auge zu fassen, muss unverzüglich eine neue Einwanderungs- und Fremdarbeiterpolitik entwickelt werden. Dasselbe gilt für die Entwicklungszusammenarbeit auf schweizerischer, aber auch auf europäischer und internationaler Ebene.

1982 bis 1990 war ich Präsidentin von «Brot für alle», dem entwicklungspolitischen Organ des Evangelischen Kirchenbundes der Schweiz. In dieser Eigenschaft konnte ich feststellen, dass der wachsende Zustrom sogenannter Wirtschaftsflüchtlinge die Folge der sich verschlechternden *Nord-Süd-Beziehungen* ist. Untersucht man die Geldströme zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, so stellt man seit einigen Jahren fest, dass die Industrieländer von den Entwicklungsländern profitieren. Für jeden Franken, den der Norden im Süden investiert, fliessen vier Franken vom Süden in den Norden zurück. Es ist also der Süden, der den Norden unterstützt. Was einige noch «Entwicklungshilfe» nennen, erweist sich als totales Fiasko.

Erforderlich ist eine *gleichmässige Verteilung* der Ressourcen dieses Planeten zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern. Nur eine neue Weltwirtschaftsordnung kann längerfristig die sonst unvermeidlichen Konflikte zwischen den Armen und den Reichen vermeiden. Heute verbraucht ein Fünftel der Weltbevölkerung drei Viertel dieser Ressourcen. Die übrigen vier Fünftel müssen sich mit dem restlichen Viertel begnügen. Darum fordern wir von Bundesrat und Parlament:

1. die Aufwendungen für die *öffentliche Entwicklungszusammenarbeit* (zur Zeit 0,31 Prozent des Bruttosozialprodukts) wenigstens auf das durchschnittliche Niveau der übrigen Industriestaaten von heute 0,35 Prozent anzuheben. Weiss man überhaupt, dass Dänemark für diese Entwicklungszusammenarbeit 0,8 Prozent, Schweden 0,9 Prozent und Norwegen gar mehr als ein Prozent des Bruttosozialproduktes aufwenden?

2. eine *direkte Hilfe* an Ort und Stelle zu gewähren, in erster Linie für landwirtschaftliche und gewerbliche Projekte von Frauen und Männern an der Basis;

3. die *Autonomie und Unabhängigkeit* der Völker zu unterstützen, statt ihnen ein westliches Modell aufzuzwingen, das ihrer Kultur und ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Sowohl das «Fastenopfer» als auch «Brot für alle» lassen sich von diesen Grundsätzen leiten, weil nur sie in der Lage sind, die Migrationsbewegung zu bremsen, die den Süden wie Norden gefährdet;

4. die *Guten Dienste* der Schweiz anzubieten, um die Durchführung einer internationalen Flüchtlings-Konferenz in unserem Land zu ermöglichen, die in Form regelmässiger Zusammenkünfte die Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Länder versammeln würde, um sich mit den zunehmenden Migrationsströmen am Ende des 20. Jahrhunderts zu befassen.

Als Christinnen und Christen wollen wir uns für den *Dialog* zwischen den Völkern, für die *Solidarität* und die *Bereitschaft zu teilen* einsetzen, um jenen zu helfen, die der Hilfe am meisten bedürfen, hier bei uns wie in der übrigen Welt. Nur so gelangen wir dazu, die wachsende Verschlechterung der Nord-Süd-Beziehungen zu bremsen und damit auch das Problem der Asylsuchenden zu lösen.

Monique Bauer-Lagier